

Landeshauptstadt

Hannover

Informations-
drucksache

In den Stadtentwicklungs- und
Bauausschuss
In den Jugendhilfeausschuss
In den Sozialausschuss
In den Migrationsausschuss

Nr. 2520/2003

Anzahl der Anlagen 1

Zu TOP

Situationsbericht zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und Aussiedlern

Entwicklung der Flüchtlingszahlen (Stand 01.10.2003):

Die Anzahl der untergebrachten Asylbewerber, sonstigen Flüchtlinge und Aussiedler geht weiter zurück. Dies liegt wie schon in den Vorjahren einerseits an geringeren Zuwanderungen, andererseits sowohl an der zügigen Bearbeitung von Asylanträgen als auch an den andauernden Ausreisen von Personen. Die Ausreisen sind zum einen freiwilliger Natur und zum anderen durch die Rückführung durch die Ausländerbehörde bedingt. Hinzu kommt, dass seit dem Konflikt im Kosovo keine relevanten Flüchtlingsströme aus anderen Teilen der Welt in die Bundesrepublik gekommen sind.

Bei den Asylbewerbern hat die Landeshauptstadt Hannover ihre Aufnahmequote seit Jahren übererfüllt. Dies hat zur Folge, dass Asylbewerber nur noch in Ausnahmefällen der Stadt zugewiesen werden (z. B. bei Familienzusammenführungen).

Die von der Verwaltung in der Vergangenheit angestellten Prognosen, dass die Zahl der unterzubringenden Menschen sich auf ca. 600 Personen einpendeln wird und dann nur noch geringe Schwankungen erwartet werden, sind eingetroffen.

Insgesamt leben in der Landeshauptstadt Hannover 2.039 Flüchtlinge. Diese Zahl beinhaltet 174 Asylbewerber, 595 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und rund 1.270 Personen mit einer Duldung. Am 01.10.2003 waren **557** ausländische Flüchtlinge und Aussiedler in städtischen Einrichtungen untergebracht. Gegenüber dem letzten Situationsbericht vom 01.09.2000 hat sich die Gesamtzahl der untergebrachten Personen um 737 Personen verringert.

Die Verteilung auf die einzelnen Personengruppen stellt sich wie folgt dar:

Asylbewerber	Asylberechtigte	Ausl. Flüchtlinge		Aussiedler
		Ehemaliges Jugoslawien	Sonstige	
53	3	15	366	120

Die Gesamtzahl der Aussiedler, die in einem sogenannten Quotenjahr (01.07. – 30.06.) die Stadt Hannover aufzunehmen hat, ist in den letzten Jahren ebenfalls beständig rückläufig gewesen. Diese Personengruppe verbleibt auch in der Regel nur zwischen 3 und 4 Monaten in einem Wohnheim. Danach erhalten die Menschen eine eigene Wohnung.

Die Zeit im Wohnheim wird benötigt, damit eine gewisse Zeit für das Einleben in unsere Gesellschaft, Behördengänge, Deutschlehrgänge u. ä. bleibt.

Unterbringungskapazitäten und –formen:

Die dargestellte Entwicklung hat unmittelbaren Einfluss auf die Planung der Unterbringung der Menschen und auf das Vorhalten von Wohnheimen.

Aktuell stehen die folgenden **4** Wohnheime mit insgesamt **400** Plätzen zur Verfügung:

Alte Döhrener Str. 109	(125 Plätze)
Haltenhoffstr. 181	(120 Plätze)
Rumannstr. 17/19	(85 Plätze)
Vinnhorster Weg 73 A	(70 Plätze)

Hinzu kommen Schlichtwohnungen und angemietete Wohnungen für insgesamt **181** Personen.

Darüber hinaus gibt es eine nicht unerhebliche Anzahl von ausländischen Flüchtlingen, die aus gesundheitlichen, sozialhilferechtlichen oder sonstigen Gründen Wohnungen anmieten dürfen, obwohl sie auf Grund ihres Aufenthaltsstatus eigentlich verpflichtet wären, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu leben. Für die Betreuung aller dezentral untergebrachten Asylsuchenden und abgelehnten, geduldeten Flüchtlinge ist die Beratungsstelle für Asylsuchende, 51.25.3, als Fachdienst des Kommunalen Sozialdienstes zuständig.

Am Stichtag 15.5.2003 wurden dort 70 Asylsuchende, 734 abgelehnte Asylsuchende mit Duldung und 163 Andere, also insgesamt 967 Personen betreut.

Wegen des Rückganges der Unterbringungszahlen konnten folgende Wohnheime seit September 2000 geschlossen werden:

Wilhelmshavener Str. 8 (31.12.2000)

Eupener Str. 1 (30.06.2002)

Kirchhorster Str. 30 (30.06.2002)

Schützenallee 2 (30.06.2002)

Davenstedter Str. 109 (31.07.2003)

Die Wilhelmshavener Str. 8 wurde ebenso wie die Schützenallee 2 und die Davenstedter Str. 109 an den Eigentümer zurückgegeben. Da es sich bei der Schützenallee um ein Mobilwohnheim handelte, wurde dies vom Eigentümer abgebaut.

Die Kirchhorster Str. 30 und die Eupener Str. 1 sind beides Mobilwohnheime und zum Zeitpunkt der Schließung im Eigentum der Landeshauptstadt Hannover gewesen. Die Kirchhorster Str. 30 konnte verkauft werden und ist bereits zu einem Großteil abgebaut. Bei der Eupener Str. 1 ist ein Verkauf nicht realisierbar, weil eine andere dauerhafte Nutzung an dieser Stelle bauordnungsrechtlich unzulässig ist und ein Wiederaufbau an einem anderen Ort technisch nicht möglich ist. Dort wird eine Ausschreibung für den nachfolgenden Abriss vorgenommen.

Der Mietvertrag für das Wohnheim Eichsfelder Str. 31, welches bereits seit Jahren nicht mehr zur Flüchtlingsunterbringung genutzt wurde, endete am 31.05.2002. Bei diesem Objekt läuft jedoch bedingt durch einen Wasserschaden aus Januar 2002 noch immer ein Beweissicherungsverfahren, so dass noch nicht gesagt werden kann, wann mit dem Abbau dieses Objektes zu rechnen ist.

Grundsätze über den Betrieb von Aussiedler- und Flüchtlingswohnheimen in der Landeshauptstadt Hannover

Zusammen mit dem "Runden Tisch für ein interkulturelles Hannover – gegen Rassismus,

Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit“ wurden 1998 die Grundsätze über den Betrieb von Flüchtlingswohnheimen der Landeshauptstadt Hannover in ihrer bisherigen Form erarbeitet.

Im Laufe der Jahre wurde kontinuierlich beobachtet, ob diese Grundsätze in der vorhandenen Form aufrecht erhalten werden konnten und den Anforderungen gerecht wurden.

Nach nunmehr 5 Jahren wurden die Grundsätze gemeinsam mit Vertretern des "Runden Tisches für ein interkulturelles Hannover – gegen Rassismus, Fremdenhass und Ausländerfeindlichkeit", des Kommunalen Sozialdienstes und dem Referat für interkulturelle Angelegenheiten erneut überarbeitet. Bei den Änderungen handelt es sich um Formulierungsänderungen bzw. die Präzisierung einiger Punkte.

Die einvernehmlich erstellte Neufassung liegt mittlerweile vor und ist der Drucksache als Anlage beigelegt.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF):

Zu dieser Personengruppe ist derzeit eine Drucksache im Beschlussverfahren, daher wird an dieser Stelle nicht weiter auf diese Thematik eingegangen.

Untergebracht sind derzeit vom Fachbereich Planen und Stadtentwicklung in dem Wohnheim Haltenhoffstr. 181 insgesamt 10 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Es handelt sich hierbei um 8 männliche und 2 weibliche Jugendliche.

Parallel dazu gibt es ein dezentrales Wohnprojekt mit 4 Plätzen, von denen zzt. alle belegt sind.

Ausblick:

Nach allen vorliegenden Erkenntnissen wird die Zahl der unterzubringenden Personen weiterhin zwischen 500 und 600 pendeln. Die vorgehaltenen Unterbringungskapazitäten reichen aus. Die Grundsätze über den Betrieb von Aussiedler- und Flüchtlingswohnheimen in der Landeshauptstadt Hannover sichern eine den untergebrachten Menschen angemessene Betreuung und sorgen – wie in der Vergangenheit – für eine Unterbringungssituation ohne gravierende Probleme.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten

Aussagen zur Geschlechterdifferenzierung gemäß Beschluss des Rates sind im Falle dieser Drucksache nicht relevant und werden daher nicht näher ausgeführt.

Kostentabelle

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

61.4/51.2

Hannover / 20.11.2003